

KOLUMNE: INDUSTRIESERVICE

VAIS

Wunschdenken statt Pragmatismus

Geht es Ihnen auch so? Immer öfter habe ich das Gefühl, im falschen Film zu sitzen. Ob bei der morgendlichen Zeitungslektüre oder den Abendnachrichten, immer stärker führen bei mir die Irrationalitäten der deutschen Industriepolitik zu Kopfschütteln und Sorgenfalten.



Lothar Meier,
VAIS

Natürlich sind wir im Wahlkampf. Allerdings hätte man die Hoffnung haben können, dass angesichts der Erfahrungen und den Folgen der noch nicht ausgestandenen Coronapandemie mehr Vernunft und nachhaltiges Planen und Handeln möglich wäre. So aber überbieten sich Regierungsparteien wie Opposition darin, Wunschprogramme als machbare, bezahlbare und mit beliebiger Geschwindigkeit erreichbare Realitäten von Morgen darzustellen.

Kaum haben wir das Thema Resilienz als wichtige Aufgabe für die auf internationale Wettbewerbsfähigkeit angewiesene deutsche Wirtschaft erkannt, schon wird im politischen Überbietungsstreit kräftig daran gerüttelt.

Wie ein Damoklesschwert hängt das Lieferkettengesetz über den Unternehmen. Ein Unterfangen, das manche gerne noch weiter verschärfen würden. Damit wir uns recht verstehen, die Einhaltung von Menschenrechten und die Vermeidung von Kinderarbeit ist alternativlos. Es ist aber die Frage erlaubt, wie ein mittelständiges Unternehmen dafür in seiner globalen Lieferkette die Haftung übernehmen kann?

Besonders brisant sind die Reaktionen auf das gerade ergangene Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. So fordert das Urteil mit Blick auf einen gerechten Generationenvertrag Maßnahmen für die weitere Emissionsreduktion ab 2031. Soweit, so gut. Anstatt jedoch zuerst zu klären, wie dies technisch und finanziell erreicht werden soll, bleibt es im aktuellen Entwurf zur Novelle des KSG im Wesentlichen bei der Ankündigung langfristiger CO₂-Reduktionen mit höheren Energie- und CO₂-Preisen sowie ordnungsrechtlichen Eingriffen in selbstverständliche Freiheiten.

Schlechter politischer Stil

Schlimmer noch, reflexartig wurden die Fristen verkürzt, in denen die jeweilig verschärften Ziele erreicht werden sollen. Zudem bekamen Wirtschaft und Gesellschaft nur wenige Stunden Zeit für eine Stellungnahme. Beschleunigte Verfahren sind hierzulande dringend nötig, hier geschieht dies aber ohne Not aus politischem Kalkül.

Das BVerfG hatte ausdrücklich bis Ende 2022 Zeit eingeräumt, die für konkrete Umsetzungspläne hätte genutzt werden müssen. Dieses Vorgehen, so die Beteiligung betroffener Akteure sowie eine Analyse und Abwägung der Folgen zu verhindern, ist zum schlechten politischen Stil geworden. KWK- und EEG-Novellen und die Flucht aus der Atomenergie nach Fukushima als déjà-vu. Erreicht man so gesellschaftlichen Konsens?

Wahlversprechen

Überhaupt scheint die Bedeutung einer starken Industrie für das Wohlergehen unseres Landes für die Politik nur noch ein Lippenbekenntnis zu sein. Ankündigungen in Wahlprogramm erinnern doch entweder stark an Ökosozialismus, dessen Bezahlung vage bleibt und im Zweifelsfall durch Steuererhöhungen irgendwie finanziert werden soll, oder ergeben sich in bürokratischen Mikroregulierungen.

Wunschdenken statt Pragmatismus. Vielleicht, so nähren Stellungnahmen mancher Protagonisten im Wahlkampf die Vermutung, mangelt es oft auch schlicht an Kompetenz. Die Belastungen durch die Coronapandemie sind enorm. Eine weitere Belastung der Wirtschaft ist daher nicht akzeptabel und kontraproduktiv.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft schätzt, dass die deutsche Wirtschaft Jahre braucht, um sich zu erholen und spricht von einem Schaden beim BIP von 300 Mrd. EUR. Laut KfW wird deutlich weniger ausgebildet. Dabei wissen wir doch, was Ziele erreichbar macht: Wissenschaft und Technik, Forschung und Innovationen, Bildung und Infrastruktur. Heute werden 70% des Gesamthaushaltes für Soziales ausgegeben. Was wäre wohl erreichbar, wenn man nur einen Teil davon zusätzlich in diese Themen stecken würde? Eine deutsche Firma hat das mal auf den Punkt gebracht: Fortschritt durch Technik!

So bleibt dem Betrachter des Films nur die Hoffnung, dass das Urteil des BVerfG als das verstanden wird, was es als Chance beinhaltet: den Aufruf zu mehr technischem Fortschritt.

Ihr Lothar Meier,

Stelle: Vorsitzender des Vorstands,

Verband für Anlagentechnik und Industrieservice e.V. (VAIS),

Düsseldorf

Der Verband für Anlagentechnik und Industrieservice e.V. (VAIS), hat es sich zur Aufgabe gemacht, das breite Spektrum der Branche umfassend zu vermitteln, Kompetenzen zu bündeln und ein repräsentatives Branchenimage nach Außen zu tragen.

Verband für Anlagentechnik und Industrieservice e.V. (VAIS)
Düsseldorf
info@vais.de
www.vais.de

VAIS

VAIS Verband für Anlagentechnik
und Industrieservice e.V.

Bioökonomie statt Kohle und Erdöl

— Investitionen und Ansiedlungen beflügeln Neuausrichtung des mitteldeutschen Chiemiedreiecks —

Im mitteldeutschen Chiemiedreieck werden derzeit hunderte Millionen Euro in die Bereiche Batterietechnik, Wasserstoff und Bio-raffinerien investiert. Das Land Sachsen-Anhalt fördert gezielt neue Firmensiedlungen.

Die erste Lithium-Raffinerie Deutschlands will AMG Lithium im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen errichten. Ende April 2021 gab das Frankfurter Unternehmen bekannt, auf einem neu erworbenen Grundstück bis 2025 eine Produktionsanlage für Lithiumhydroxid (LiOH) in Batteriequalität zu bauen. LiOH ist der wichtigste Rohstoff zur Herstellung von Kathodenmaterialien, die in Zellen für Lithium-Ionen-Batterien verbaut werden. Die Jahreskapazität wird nach Angaben von Stefan Scherer, Geschäftsführer der AMG Lithium, zunächst bei 20.000 t liegen. „Die Grundstücksgröße ist aber so bemessen, dass wir in den Folgejahren durch weitere Module die jährliche Kapazität auf bis zu 100.000 t steigern können“, so Scherer.

Grüne Chemie

Die Ansiedlung ist ein wichtiger Baustein in der Neuausrichtung des mitteldeutschen Chiemiedreiecks, das die Standorte Bitterfeld-Wolfen, Schkopau, Leuna, Zeitz (alle Sachsen-Anhalt) und Böhlen (Sachsen) umfasst. Um die deutschen Klimaschutzziele zu erreichen, muss auch in der Chemie der Einsatz von Braunkohle, Gas und Erdöl drastisch reduziert werden. Sachsen-Anhalt konzentriert sich in der grünen Chemie auf die Bereiche Batterietechnik, Wasserstoff und Biochemie.

Nur einige Kilometer entfernt von der geplanten Lithium-Raffinerie will der amerikanisch-chinesische Konzern Farasis ein neues Batteriezellenwerk bauen. Auch Farasis hat bereits Grundstücke im Umfang von 60 ha erworben, auf denen eine 600 Mio. EUR teure Zellenfabrik entsteht, die ab 2024 u.a. Daimler mit Batterien versorgen soll. Der Stuttgarter Autokonzern hat sich auch an Farasis beteiligt. Ursprünglich wollte Farasis bereits ab 2022 in Bitterfeld-Wolfen produzieren, doch die Pläne verzögerten sich. Geschäftsführer Sebastian Wolf betonte zuletzt jedoch, dass die Großinvestition umgesetzt werden soll. Zunächst sollen Batteriesysteme für bis zu 100.000 Elektroautos im Jahr hergestellt werden. Farasis wird laut Wolf aber nicht nur einen reinen Produktionsstandort aufbauen, sondern ein komplettes Batterie-Kompetenzzentrum. „Wir wollen den gesamten Batterie-Life-Cycle von der Entwicklung über die Herstellung bis zum Recycling an einem Standort bündeln“, kündigt



er an und ergänzte: „Mittelfristig wollen wir den Standort weiter ausbauen, so dass bis zu 2.000 Arbeitsplätze entstehen könnten.“ Der Batteriezellen-Hersteller kann mit einer Förderung von 30 Mio. EUR durch das Land Sachsen-Anhalt rechnen.

Klimaschonende Wirtschaft

Die Landesregierung will in den kommenden Jahren verstärkt Ansiedlungen in der Chemie- und Energiebranche fördern. „Wir haben gute Chancen, dass die Produkte, die für eine klimaschonende Wirtschaft nötig sind, in unserer

gesellschaft InfraLeuna. Es gebe konkrete Absichten. Für neue Ansiedlungen müssten sogar Flächen außerhalb des Chemieparks erschlossen werden.

Ein Vorteil des Standorts: Gerade kleine und mittelständische Firmen können mit dem Fraunhofer-Zentrum für Chemisch-Biotechnologische Prozesse (CBP) kooperieren. Das CBP unterstützt Firmen dabei, biotechnologische und chemische Verfahren vom Labor in Industrieproduktion umzusetzen. „Firmen können bei uns auf vorhandene Pilotanlagen wie etwa Bioreaktoren und etablierte Infrastrukturen sowie hochqualifiziertes Personal zur

Der Strukturwandel ist für Sachsen-Anhalt eine Chance, eine Modellregion für nachhaltige Chemie in Deutschland zu werden.

Gerd Unkelbach, Leiter, Fraunhofer-Zentrum für Chemisch-Biotechnologische Prozesse (CBP)

Region produziert werden“, sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). So lässt derzeit bereits der finnische Konzern UPM im Chemiepark Leuna Europas größte Bioraffinerie bauen, in der auf Holzbasis chemische Grundstoffe hergestellt werden sollen, aus denen dann bspw. Kleidungsstücke, Autoreifen, Möbel und PET-Flaschen gefertigt werden. Das 550 Mio. EUR teure Werk soll 2022 seinen Betrieb aufnehmen und eine Jahreskapazität von 220.000 t besitzen (siehe Beitrag gegenüberliegende Seite). „Durch UPM werden sich weitere Firmen aus dem Biochemiebereich am Standort ansiedeln“, sagt Christof Günther, Chef der Chemiepark-

Verfahrensentwicklung und dem Anlagenbetrieb zurückgreifen“, wirbt CBP-Leiter Gerd Unkelbach für sein Zentrum. Das CBP habe eine langjährige Expertise in der „Skalierung von Bioraffinerieverfahren“.

Forschung und Innovationen fördern

Die neue Entwicklung birgt aber auch Risiken. Wegen der Elektromobilität wird der Kraftstoffverbrauch sinken, was auch die Total-Raffinerie in Leuna trifft. Die Kunststoffproduktion könnte aufgrund hoher Energiepreise in den Nahen Osten und Asien abwandern. Der Wirtschaftsforscher Joachim Ragnitz vom IFO-Institut in Dresden empfiehlt, insbesondere Forschung und Innovationen zu fördern. „Vor allem junge, innovative Firmen sollten unterstützt werden“, sagt Ragnitz. Aufgrund der niedrigen Zinsen bräuchten etablierte Konzerne kaum noch staatliche Finanzhilfen. „Start-ups auch in der Chemie sind aber auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Sie weisen dafür zu meist eine hohe Produktivität auf und schaffen gut bezahlte Arbeitsplätze“, so Ragnitz.

Wasserstoff als Rohstoff und Energieträger

Als wichtiger Rohstoff und Energieträger der Zukunft soll im Chiemiedreieck Wasserstoff zur Verfügung stehen. Ebenfalls in Leuna baut aktuell der Gasehersteller

Linde für 60 Mio. EUR die weltgrößte Anlage zur Produktion von grünem Wasserstoff. Dafür wird Ökostrom genutzt. Noch etwas ambitionierter sind die Pläne des Leipziger Gaskonzerns VNG. In Bad Lauchstädt – wenige Kilometer von Leuna entfernt – soll der in zehn Windkraftanlagen erzeugte Strom zunächst in einer Elektrolyseanlage Wasserstoff erzeugen, der anschließend in einer 1.000 m tiefen Kaverne (großes Foto) gespeichert wird. VNG treibt das Projekt mit Partnern wie Uniper voran. Bisher wird in den unterirdischen Kavernen vor Ort Erdgas gespeichert. VNG-Vorstandschef Ulf Heitmüller nennt die Wasserstoffstrategie ein „echtes Kraftpaket für die Energiewende“. VNG hofft auf eine schnelle Förderung, denn finanziert ist das 100 Mio. EUR teure Projekt noch nicht. Was das Bad-Lauchstädt-Projekt für die Energiewirtschaft und die Chemie interessant macht: Die Kapazität des Wasserstoffspeichers übertrifft die in Deutschland in Pumpspeicherkraftwerken gepufferte Energie um das Vierfache. Erstmals wäre ein großer Stromspeicher verfügbar.

Doch auch die Planungen für den „Energiepark Bad Lauchstädt“ haben sich zuletzt verzögert, da die Förderbedingungen eine Realisierung erschweren. „Als global agierendes Unternehmen mit großen Produktionsstandorten in Deutschland brauchen wir heute verlässliche politische Rahmenbedingungen für Investitionen in die kohlenstoffarmen Technologien von morgen, wie Wasserstoff und Kunststoffrecycling“, sagt daher auch Dow-Deutschland-Chef Ralf Brinkmann. Dazu gehöre auch eine „zuverlässige und kostengünstige Versorgung mit grünem Strom, der in großen Mengen verfügbar sein muss.“ Aktuell deckt der große Dow-Chemiepark in Schkopau, in dem u.a. Chlor, Kunststoffe und Kautschuk hergestellt werden, seinen enormen Strombedarf noch aus dem benachbarten Braunkohlekraftwerk Schkopau. Fraunhofer-CBP-Chef Unkelbach ist jedoch überzeugt, dass der Strukturwandel für Sachsen-Anhalt eine Chance ist, in Deutschland eine Modellregion für eine nachhaltige Chemie zu werden.

Steffen Höhne, Wirtschafts-journalist, Halle (Saale)



Im Fraunhofer CBP in Leuna werden in Reaktoren chemische Stoffe aufbereitet und umgewandelt. Firmen können die Infrastruktur nutzen.